

Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin

Herrn
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
Günther Oettinger
Richard-Wagner-Str. 15

70184 Stuttgart

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 -73144
Fax: (030) 227 -76435
eMail Berlin:
lothar.binding@bundestag.de

Bürgerbüro Heidelberg
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel: (06221) 18 29 28
Fax: (06221) 61 60 40

Bürgerbüro Weinheim
Hauptstraße 122
69469 Weinheim
Tel: (06201) 60 22 12
Fax: (06201) 60 22 13

eMail Heidelberg und Weinheim:
lothar.binding@wk.bundestag.de
Homepage: www.lothar-binding.de

Berlin/Heidelberg, den 4. Aug. 2005

Zukünftige Arbeitsbedingungen an den Universitätskliniken Solidarität mit den Ärzten in Heidelberg und Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Günther Oettinger,

dies ist mehr als eine Solidaritätsadresse an die Ärzte in Heidelberg oder in Baden-Württemberg. Dies ist der dringende Appell an unseren Ministerpräsident Günther Oettinger, auch jahrelang als CDU Fraktionsvorsitzender maßgeblich verantwortlich für die Entwicklung unseres Landes, sich den Problemen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen an den Universitätskliniken anzunehmen. Da Sie schon so lange Regierungspolitik im Land verantworten, kommt für Sie diese Thema sicher nicht überraschend und Sie haben hoffentlich im Zusammenhang mit Ihrem Amtsantritt Vorsorge getroffen dieses Problem zu lösen oder wenigstens dessen Folgen zu lindern. Ich bin froh, wenn auch mit einzelnen Regelungen nicht glücklich, dass mit dem SPD-Schmidt/CDU-Seehofer Kompromiss erste Schritte zur Stabilisierung im Verantwortungsbereich des Bundes für das Gesundheitswesen gegangen wurden.

Die Arbeitsbedingungen an den Unikliniken haben sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Zunehmende Verknappung des Landeszuschusses für Forschung und Lehre sind die Hauptursache. Meinen persönlicher Ärger darüber, dass die Landesregierung über eine Milliarde Euro via Landesstiftung dem Landeshaushalt entzogen hat, teilte ich dem damaligen Ministerpräsidenten Teufel mit; dieser Sondertopf existiert noch immer. Auch der größere Verwaltungsaufwand während der Einführung des DRG-Systems, mit dem Ziel einer Kostenbegrenzung und Leistungstransparenz, verdienen berücksichtigt zu werden. Jedenfalls dürfen Sie nicht tatenlos Einkommensverlusten der Universitätsklinikärzte in den vergangene Jahren in einer Größenordnung von 7 bis 8 Prozent zusehen.

Die Gefahren – anders als in internationalen Konzernstrukturen haben wir hier unmittelbar politischen Einfluss – sind offensichtlich: Abwanderung der Ärzte in Länder mit besserer Bezahlung wie zum Beispiel die Schweiz oder England. Auch die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird entlang der Versäumnisse sich rechtzeitig zu kümmern in Baden-Württemberg immer schwieriger – jedenfalls in Zeiten, in denen der internationale und auch nationale Wettbewerb um exzellente Wissenschaftler zunimmt

Sicher haben Sie Verständnis für diesen Brief. Einer der Hauptverantwortlichen, die den Abschluss eines einheitlichen TVöD für Bund, Länder und Gemeinden mit unrealistischen Maximalforderungen blockiert, also verunmöglicht hat, war Ihr Vorgänger Erwin Teufel. Politik in einer Zeit als Sie als CDU-Fraktionsvorsitzender Verantwortung getragen haben. Dies alles unter Beifall so mancher Politiker die sich nun großzügig mit den Ärzten solidarisieren. Schon damals deutete sich also die Zielrichtung einer künftigen Tarifpolitik des Landes an. Anschließend wurde den Ärzten eine 42 Stunden Woche auferlegt, das Urlaubsgeld gestrichen und Weihnachtsgeld drastisch gekürzt. Die Betroffenen: alle beim Land angestellten Ärzte.

Ich zitiere aus einem Aushang zur Streikaufrufung der Medizinstudenten an der Universität Heidelberg:

1. haben Ärzte in Deutschland europaweit mit ca. 10 Euro/Stunde das niedrigste Gehalt, das durch das Zusammenstreichen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld um 10% gekürzt wurde.
2. haben viele Ärzte nur Zeitverträge, diese liegen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren und das betrifft nicht nur Assistenz-, sondern auch Oberärzte. Durch Zeitverträge sollen Mitarbeiter zu noch mehr Leistung angespornt werden, da der Mitarbeiter ja nie sicher weiß, ob sein Vertrag erneut verlängert wird. Daher wird er in der Regel versuchen sich durch gute Arbeit unersetzlich zu machen, um so eine Vertragsverlängerung zu erwirken.
3. sammeln sich bei jedem Arzt nicht bezahlte und nicht in Freizeit ausgeglichene Überstunden an, häufig mehr als 20 Stunden/Woche.

Die Forderungen der Ärzte lassen sich fast so wie ein Manuskript für eine Ihrer Landtagsreden zusammenfassen:

- Wir benötigen eine leistungsgerechte Bezahlung.
- Dabei sollte der späte Berufseinstieg Berücksichtigung finden. Es kommt auch darauf an Missbrauch kurz laufender befristeter Arbeitsverträge zu vermeiden.
- Zur Vermeidung der Abwanderung ins Ausland und nicht nur deshalb, soll die künftige Vergütungsordnung auch für ältere und somit erfahrenere Ärzte attraktiv sein.
- Natürlich soll Mehrarbeit angemessen vergütet werden.

Der letzte Punkt scheint mir besonders wichtig, jedenfalls entlang meiner Erfahrungen, die während meiner dreieinhalbjährigen Zeit als Nachtwache in den Stadtkrankenhäusern Kassel und Mannheim, sowie während meiner eineinhalbjährigen Arbeit im Gyn-OP bzw. im Kreissaal, gesammelt habe. Täglich neu aus der Personalnot geborene überlange Dienstzeiten und Bereitschaftsdienste kann niemand verantworten. Deshalb ist mir dieser eindringliche Appell an Sie so wichtig.

Mit der Hoffnung, das Sie möglichst schnell Lösungsvorschläge erarbeiten und umsetzen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding